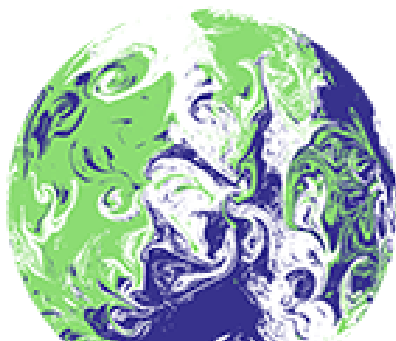


Die 26. UN-Klimakonferenz



**UN CLIM
CHANG
CONF
COP26**

Ein Erfolg für den Pazifik und die Welt?

Ein Blickpunkt von Oliver Hasenkamp

Vom 31. Oktober 2021 bis 12. November 2021 hat in Glasgow die 26. UN-Klimakonferenz (COP26) stattgefunden. Gleich aus mehreren Gründen war es eine besondere Zusammenkunft: Nicht nur deshalb, weil die internationale Konferenz inmitten der Corona-Pandemie mit über 35.000 Teilnehmenden stattfand und es im vorausgegangenen Jahr wegen der Pandemie gar keine Klimakonferenz gegeben hatte – und somit die Dringlichkeit des Handelns und die Notwendigkeit, nach der Fokussierung auf die Bekämpfung der Pandemie auch den Klimaschutz wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken, besonders deutlich wurde. Als fünfte Konferenz nach der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 wurde der COP26 auch eine besonders wichtige Bedeutung als wichtiger Meilenstein der Klimaverhandlungen beigemessen. So sieht das Pariser Abkommen etwa vor, dass nach fünf Jahren eine Begutachtung aller nationalen Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz erfolgen soll und die Ziele mindestens alle fünf Jahre nachgebessert werden müssen, wenn sie nicht ausreichen.

Auch die britische Verhandlungsleitung hat dazu beigetragen, dass die Erwartungen an die Konferenz sehr groß waren, indem sie weitreichende Ziele für die Verhandlungen vorgab. Nach der Wahl von US-Präsident Joe Biden kehrte mit den USA auch ein wichtiger Akteur in die internationale Klimapolitik zurück, der in den Jahren zuvor nach dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen unter Donald Trump gefehlt hatte. Nun waren die USA mit großen Ankündigungen, einem Besuch nicht nur des amtierenden Präsidenten, sondern auch des ehemaligen Präsidenten Barack Obama, der von vielen wie ein Popstar gefeiert wurde, und dem (etwas zu)

vielversprechenden Spruch „The United States is back in the Paris Agreement, back at COP, and ready to go all in on climate“, der an die Wand des US-amerikanischen Pavillons auf der COP26 geschrieben stand, zurück.



Die „Action Hub“ in Glasgow. Foto: Oliver Hasenkamp.

COP26: Reizüberflutung, weit über die Verhandlungen hinaus

Die Klimakonferenz ist seit jeher weit mehr als die eigentlichen Verhandlungen, die sich in verschiedene thematische Bereiche gliedern und an denen die 195 Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention teilnehmen – darunter auch die zwölf unabhängigen pazifischen Inselstaaten (+ Australien und Neuseeland) sowie die Cook-Inseln und Niue, die sich in vielen anderen außenpolitischen Feldern von Neuseeland vertreten lassen. Wer das Konferenzgelände einmal betreten hatte, dem begegnete zunächst die für große UN-Klimakonferenzen so typische Reizüberflutung.

Neben den Verhandlungen gab es Bereiche für den zivilgesellschaftlichen Austausch und auch für Protestaktionen, Pavillons zahlreicher Länder, an denen ihre Bemühungen zum Klimaschutz, teilweise aber auch wirtschaftliche und touristische Angebote dargestellt werden.

Aus der Riege der pazifischen Staaten waren Australien, Tuvalu und Papua-Neuguinea mit eigenen Pavillons vertreten – wobei der Pavillon Tuvalus eine Kunstaktion darstellte und es sich bei dem Pavillon Papua-Neuguineas um ein Auftreten im Namen der Staatengruppe der Länder mit großen Regenwaldflächen handelte. Es gab ein großes Pressezentrum und Säle für Pressekonferenzen. Und eine kaum überschaubare Anzahl an sogenannten „Side-Events“, also kleineren und größeren Veranstaltungen, die entweder von Ländern, von internationalen Organisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt werden, in der Hoffnung, irgendwie Einfluss auf das Konferenzgeschehen zu nehmen. Oft finden 25 solcher offiziellen Side-Events gleichzeitig statt.

Teilnahme an der 2. Verhandlungswoche

Vor allem in der ersten Verhandlungswoche war die Konferenz von logistischen Herausforderungen insbesondere bei den Sicherheitskontrollen und der Überprüfung der Covid-19-Maßnahmen überschattet. Teilweise muss die Einlass-Situation vor allem in den ersten Tagen, als zahlreiche Staats- und Regierungschefs nach Glasgow gereist waren, für Beobachterinnen und Beobachter der Konferenz sehr chaotisch gewesen sein.

Dies hatte sich in der zweiten Verhandlungswoche, in welcher ich die Chance hatte, an der Klimakonferenz teilzunehmen, etwas gelegt. Während meiner Zeit in Glasgow begleitete ich insbesondere einen Workshop für Nachwuchs-Journalistinnen und -journalisten aus Deutschland, den ich für meinen Arbeitgeber, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), bei der Klimakonferenz durchführen konnte. Natürlich hatte ich aber auch die Chance, an einzelnen Verhandlungsrunden als Beobachter teilzunehmen und mit Delegationen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Pazifik zu sprechen. Am letzten Verhandlungstag konnte ich außerdem ein Side-Event auf der Konferenz, auf welcher ein erstes Fazit der Verhandlungen gezogen wurde, moderieren (siehe Info-Kasten).

Auch für viele Besucherinnen und Besucher der COP26, die schon an anderen UN-Großkonferenzen teilgenommen hatten, war vor allem die Einlassssituation auch nach dem Chaos der ersten Tage noch ungewöhnlich: Nirgendwo zuvor habe ich mich so sehr wie in einer abgesperrten „Gated Community“ gefühlt wie auf dem Konferenzgelände in Glasgow, das weiträumig wortwörtlich mit hohen Zäunen mit nur gelegentlichen Sicherheitsschleusen zum Durchgang auf das Gelände abgesperrt und abgesichert war. Ohne Akkreditierung gab es also nicht einmal die Chance, auch nur in die Nähe des Konferenzgeländes zu gelangen. Das war etwa bei der 23. UN-Klimakonferenz, die 2017 unter Leitung Fidschis in Bonn stattgefunden hatte, noch anders.

Die Stimmung in der Stadt Glasgow war dennoch grundsätzlich gut und der Klimakonferenz wohlgesonnen. Die Stadt hat sich große Mühe gegeben, über das gesamte Stadtgebiet hinweg Informationen zum eigenen Engagement zum Klimaschutz anzubieten. Doch die Folgen des Brexits waren für die internationalen Gäste unübersehbar: Aufgrund des hohen Personalbedarfs der Konferenz waren viele Museen und Galerien geschlossen, wie uns Anwohnerinnen und Anwohner erzählt haben. Und nach einem langen Konferenztag war es abends oft gar nicht leicht, um 19:30h noch ein Restaurant zu finden, welches wegen Personalmangels nicht bereits die Türen schließen wollte.

Konferenz unter Corona-Bedingungen

Trotz der Pandemie hatte die britische Konferenzleitung aber 35.000 Akkreditierungen erteilt, sodass es sich ähnlich wie die Konferenz 2017 in Bonn um eine der größten UN-Konferenzen aller Zeiten handelte. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die Teilnehmendenzahlen bei zahlreichen Verhandlungsrunden und Side Events begrenzt war – so war etwa eine Teilnahme an einem von der USA im Beisein des früheren US-Präsidenten Barack Obama ausgerichteten Side Event zu Klimaschutz in Inselstaaten für die allermeisten Gäste der Konferenz unmöglich, ebenso wie sich Beobachterinnen und Beobachter für manche Veranstaltungen stundenlang vorher anstellen mussten, um eine Chance auf Einlass zu erhalten.



Oliver Hasenkamp bei der COP26 in Glasgow. Foto: Oliver Hasenkamp

Um Einlass auf das Konferenz-Gelände zu erlangen, brauchte man neben der Akkreditierung jeweils einen tagesaktuellen negativen Corona-Schnelltest – wobei letztlich niemand überprüfte, ob man den Test tatsächlich durchgeführt hat oder das Ergebnis tatsächlich negativ war, sondern lediglich, dass man dies online auf einer Plattform bestätigt hatte. Für die Akkreditierung war außerdem eine vollständige Impfung gegen das Corona-Virus erforderlich – wobei Großbritannien während der Konferenz vorübergehend ausnahmsweise alle Impfstoffe akzeptierte, auch wenn sie in Großbritannien eigentlich nicht zugelassen sind. Für die Einreise aus Deutschland war ein negativer PCR-Test in den Tagen vor der Abreise notwendig, für die Einreise aus anderen Ländern waren die Hürden teils deutlich höher und in einigen Fällen auch eine Quarantäne nach der Ankunft in Großbritannien erforderlich.

Eine repräsentative Konferenz?

Entsprechend groß war schon vor Beginn der Konferenz die Sorge, dass vielen Menschen vor allem aus dem globalen Süden eine Teilnahme verwehrt bleiben würde. Tatsächlich war das Risiko für viele Menschen aus dem globalen Süden zu groß, dass sie kurzfristig wegen hohen Corona-Zahlen in ihren Heimatländern in eine Quarantäne müssten, vor Ort bei einer Erkrankung hohe Kosten für die teilweise extrem überbezahlten Hotels anfallen könnten oder aber die Rückreise in die Heimatländer durch die Pandemie erschwert werden könnte. Ein Jugendvertreter aus Fidschi, der bereits einige Monate vor der Klimakonferenz auf Einladung der italienischen Regierung an einem vorbereitenden Jugenddialog in Mailand teilnahm, wartete etwa wegen ausfallenden Flügen mehrere Wochen darauf, endlich nach Fidschi zurückkehren zu können.

Grundsätzlich hat Großbritannien sich sehr darum bemüht, auch Teilnahmen aus dem globalen Süden zu ermöglichen. So gab es bereits Monate vor der COP26 Impfangbote für Teilnehmende aus anderen Ländern und auch das Angebot, dass bei Delegationen aus dem globalen Süden Kosten für Quarantäne-Hotels übernommen werden. Da dies einen erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich brachte und die Impfangbote sich etwa zumeist auf die nächstgelegenen britischen Botschaften beschränkten, gab es dennoch enorme Vorbehalte gegen eine Teilnahme in vielen Regionen des globalen Südens, auch im Pazifik. Mehrere Teilnehmende der in Australien ansässigen Organisation *Pacific Calling Partnership*, die sich seit vielen Jahren für mehr Klimaschutz einsetzt und deren Mitglieder in der Vergangenheit im Anschluss an Klimakonferenzen in Europa auch schon bei Veranstaltungen des Pazifik-Netzwerks e.V. gesprochen haben, mussten ihre Teilnahme etwa kurzfristig absagen.

Doch die ganz große Sorge vor einer völlig unausgewogenen Konferenz mit fast ausschließlich europäischer Beteiligung bestätigte sich glücklicherweise nicht. Tatsächlich war die Teilnehmendenschaft doch diverser als dies zunächst befürchtet worden war.

Das gilt nicht nur für die Herkunft der Teilnehmenden, sondern auch dafür, dass auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Protestbewegungen wie *Fridays for Future* eine Akkreditierung erhalten hatten – etwa auch Luisa Neubauer, die vor einigen Jahren, bevor sie durch Fridays for Future Bekanntheit erlangt hatte, übrigens auch einmal als Jugendvertreterin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen an einer Klimakonferenz teilgenommen hatte.



Tuvalus Außenminister Simon Kofe gibt ein Statement zur COP26, während er im Meer vor der Hauptstadt Funafuti der Inselgruppe Tuvalu steht. Foto: Tuvalu Foreign Ministry / Reuters.

Pazifische Stimmen auf der COP

Auch aus dem Pazifik hatten erstaunlich viele Menschen auch aus der Zivilgesellschaft den weiten Weg nach Glasgow angetreten – überwiegend jedoch im Ausland (z.B. in Australien oder Neuseeland) lebende Pazifik-Insulanerinnen und -Insulaner sowie Menschen aus Fidschi und einigen wenigen weiteren Staaten, die zum Zeitpunkt der Konferenz bereits wieder relativ einfache Einreiseregeln hatten. Andere pazifische Staaten waren deutlich unterrepräsentiert, was vor allem an den teils noch komplett geschlossenen Grenzen lag, die eine Wiedereinreise und in vielen Fällen mangels Flügen auch die Ausreise unmöglich gemacht hätten. Dies betrifft sogar die nationalen Delegationen einiger pazifischer Länder, die deutlich kleiner ausgefallen sind als üblich. In einigen Fällen wie etwa Kiribati oder Vanuatu nahmen gar keine Personen teil, die aus ihren Heimatländern angereist wären, sondern lediglich Botschaftspersonal aus New York oder Brüssel.

Das mag durchaus für einen Nachteil gesorgt haben, nicht nur, weil kleine Delegationen es ohnehin schwer haben, die vielfältigen Vorgänge auf der Konferenz zu verfolgen, sondern weil die erfahrenen Verhandlerinnen und Verhandler mit jahrelanger Expertise in den Klimaverhandlungen fehlten.

Doch auch darüber hinaus gingen die pazifischen Staaten und auch Inselstaaten insgesamt geschwächt in die Verhandlungen. Die pazifischen Staaten hatten sich zwar unter anderem mit der Ernennung von „Climate Change Champions“ aus verschiedenen Ländern der Region, welche ein gemeinsames Auftreten der pazifischen Länder zu diesen Themen koordinieren sollten, um Einigkeit bemüht. Doch die zahlreichen interregionalen Streitigkeiten, die im letzten Jahr unter anderem zum Austritt der fünf mikronesischen Staaten Palau, Nauru, Kiribati, der Marshall-Inseln und der Föderierten Staaten von Mikronesien aus der wichtigsten Regionalorganisation, dem *Pacific Islands Forum* (PIF), geführt hatten, warfen ihre Schatten wohl auch auf die Zusammenarbeit zum Klimawandel.

Aus verschiedenen Kreisen verlautete es aber auch, dass die Inselstaaten insgesamt, die sich seit vielen Jahren zur *Allianz der kleinen Inselstaaten* (AOSIS) zusammengeschlossen haben, nicht so geeint aufgetreten sind, wie in früheren Jahren. Dazu beigetragen hat unter anderem Uneinigkeit bei der Rolle der Ozeane beim Klimaschutz, insbesondere der Frage, inwieweit die Schifffahrtsindustrie als ein starker Verursacher von Treibhausgasemissionen stärker in die Verantwortung genommen werden müsste. Länder wie die Marshall-Inseln – die ansonsten auf der COP26 als eines der Länder mit der größten Anzahl an Pressekonferenzen auffielen, bei denen sie zu mehr Handeln beim Klimaschutz aufriefen – sollen hier hinter den Kulissen eine sehr zurückhaltende Position eingenommen haben, um den eigenen Ruf (und die damit verbundenen Einnahmen) als ein Land, unter dessen Flagge zahlreiche große Frachtschiffe auf den Weltmeeren unterwegs sind, nicht zu gefährden.

Erfolg oder Misserfolg?

Doch konnte die Konferenz denn nun liefern, was sie versprochen hatte? Das, was für die Menschen weltweit und vor allem im Pazifik so dringend notwendig ist? Diese Frage ist auf den ersten Blick – leider – leicht zu beantworten, auf den zweiten Blick nicht ganz so einfach. Eindeutig ist traurigerweise: Die Konferenz konnte wieder einmal nicht das leisten, was eigentlich notwendig wäre, um das im Pariser Klimaabkommen beschlossene Ziel einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C zu erreichen. Im Gegenteil: Mehrere zur Konferenz vorgelegte Studien belegten einmal mehr, dass die nationalen Ziele fast aller Staaten, auch Deutschlands, bei weitem nicht ausreichen, um das 1,5°C-Ziel oder zumindest eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2°C zu erreichen. Auch wenn viele Staaten ihre nationalen Ziele nachbesserten, so bleibt aus wissenschaftlicher Sicht doch eine große Handlungslücke bestehen.

In dieser Hinsicht bleibt also wenig Spielraum, die Konferenz vor allem aus Sicht der pazifischen Staaten nicht erneut als eine herbe Enttäuschung zu sehen. Die pazifischen Staaten erklärten daher auch in einer Stellungnahme ihre Enttäuschung über „monumentales Versagen“ der COP26.

Und doch hörte man nach der Konferenz sogar von Umweltverbänden, aber auch aus dem Pazifik, zwiegespaltene Stimmen, die zwar einerseits Enttäuschung zum Ausdruck brachten, andererseits aber doch auch mehr Hoffnung, als man das nach vielen anderen Konferenzen gewohnt war. Woran liegt das? Zum einen vielleicht daran, dass mittlerweile viele, trotz der medial geschürten Erwartungen, sehr realistisch an den Klimakonferenzen teilnehmen, weil sie bereits zu oft herbe Enttäuschungen erlebt haben. Sie wissen, dass die große Revolution dort nicht zu schaffen ist, die Konferenzen aber eben doch wichtig sind, um zumindest mit fortlaufenden kleinen Schritten voranzugehen.

Doch ein noch ausschlaggebenderer Grund für die Hoffnungsschimmer liefert vor allem ein genauer Blick auf das gesamte Konferenzgeschehen, das eben nicht nur die formalen Verhandlungen einerseits beinhaltet, sondern auch das vielfältige Geschehen um diese Kernverhandlungen herum.

Die COP26 als ein großer „Zirkus“?

Ein hochrangiger zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Vertreter aus dem Pazifik bezeichnete mir gegenüber in einem persönlichen Gespräch (deshalb auch keine Namensnennung) die Klimakonferenz als einen regelrechten „Zirkus“. Ein für mich durchaus nicht ganz unpassender Vergleich, wenn man sich die völlige Reizüberflutung der Konferenz vor Augen führt und deutlich macht, wie wenig jeder Einzelne dort bewegen kann – wie wichtig sich viele Teilnehmende aber dennoch selbst fühlen. Ein „Zirkus“, an dem man aber trotzdem, wie mein pazifischer Bekannter sagte, selbst jedes Mal wieder teilnimmt. Weil man einfach teilnehmen muss, präsent sein muss, um noch Schlimmeres zu verhindern. So manches, das auf der Konferenz gerade abseits der eigentlichen Verhandlungen passiert, könnte man als reine Show abtun.

Doch auch wenn ich dieses Gefühl während der Konferenz teilte, ist es nicht ganz so einfach. Während der von mir moderierten Veranstaltung auf der COP26 auf den Zirkus-Vergleich angesprochen, wies etwa der renommierte Wissenschaftler und Co-Leiter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Johan Rockström, den Vergleich als despektierlich zurück und unterstrich, dass man aus seiner Sicht nicht unterschätzen dürfe, was all das, was rund um die eigentlichen Verhandlungen herum geschehe, für Auswirkungen haben kann. Fast schon legendär ist etwa die Begebenheit, dass bei den Pariser Klimaverhandlungen im Jahr 2015 der Durchbruch für die Aufnahme des 1,5°C-Ziels in das Abkommen durch ein Side-Event am deutschen Pavillon angestoßen worden sein soll, bei dem die damalige deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks im persönlichen Gespräch auf die damalige Präsidentin der Marshall-Inseln, Hilde Heine, getroffen ist.

Und so ergibt sich für die COP26 in der Tat ein sehr differenziertes Bild, wenn man einerseits auf die eher enttäuschenden Verhandlungen und andererseits auf das schaut, was jenseits davon angestoßen wurde – und auch viele Menschen in der Zivilgesellschaft positiv überrascht hat.

Die formalen Verhandlungen: eher enttäuschend

In den formalen Verhandlungen mit allen 195 Staaten blieben die Verhandlungsergebnisse für viele enttäuschend. Ein kleiner Hoffnungsschimmer in den Verhandlungen war, dass im offiziellen Beschlussdokument erstmals explizit Bezug genommen wird zur Notwendigkeit eines Kohleausstiegs. Dieser Punkt wurde in den letzten Stunden der Verhandlung, die noch nach Ende der eigentlichen Konferenz in die folgende Nacht und den folgenden Morgen hinein verlängert werden mussten, allerdings vor allem von China und Indien stark verwässert, so dass moderne Kohlekraftwerke mit Filterungsanlagen von der Forderung etwa ausgeschlossen bleiben. Dieser Rückschritt in den Verhandlungen veranlasste den britischen COP26-Präsidenten Alok Sharma, der sich wirklich sichtbar um ein ambitionierteres Ergebnis bemühte, sich in seiner Schlussrede unter Tränen bei Delegationen aus besonders stark vom Klimawandel betroffenen Staaten zu entschuldigen.

Auch sonst gab es in vielen wichtigen Verhandlungsbereichen unzureichende Fortschritte, insbesondere beim seit Jahren strittigen Thema des sogenannten „Loss & Damage“ – dem Verhandlungsbereich, indem es auch um von den reicheren Staaten weiterhin abgelehnte Entschädigungszahlungen für besonders stark vom Klimawandel betroffene Länder etwa im Pazifik geht. Auch die Formalisierung des Regelwerks zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, die bereits seit Verabschiedung des Abkommens vor sechs Jahren auf der Agenda steht, war weiterhin durch große Uneinigkeit vor allem bei der Frage geprägt, wie Kooperationen bei Klimaschutzmaßnahmen zu werten sind. Damit ist gemeint, wer sich zu welchen Teilen die Erfolge von CO₂-Einsparungen in seinen nationalen Zielsetzungen zum Klimaschutz anrechnen darf, wenn ein reicheres Land wie etwa Deutschland Projekte zum Klimaschutz oder zur Aufforstung anderswo auf der Welt finanziert. Kritiker bemängeln, dass sie sich somit aus der Verantwortung, wirklich im eigenen Land zu handeln, freikaufen könnten. Länder wie Brasilien unter seinem populistischen und Klimaleugnern nahestehenden Präsidenten Jair Bolsonaro forderten gar, dass einfach alle beteiligten Länder sich die Einsparungen zu vollen Teilen anrechnen können.

Ein kleiner Erfolg der Verhandlungen war hingegen, dass es progressiven Delegationen gelungen ist, ausreichend Druck aufrechtzuerhalten, dass Staaten, die immer noch keine ausreichenden Selbstverpflichtungen zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen vorgelegt haben bzw. diese vor der COP26 nicht in ausreichendem Maß nachgebessert hatten, bei der nächsten Konferenz erneut zu ihren Vorhaben hätten berichten müssen. Das etwa hat Australien, einen der größten Bremsen in der internationalen Klimapolitik, veranlasst, seine Zielsetzungen während der COP26 doch noch nachzubessern.



Die Samoanerin Brianna Fruean hat auf der COP26 für die Pacific Climate Warriors gesprochen. Foto: Wikipedia

Informelle Ergebnisse und Verpflichtungen: Der eigentliche Erfolg der Konferenz

Doch überrascht haben viele Beobachterinnen und Beobachter und auch mich, wie viel Bewegung es „links und rechts“ von den formellen Verhandlungen in Bündnissen einzelner Länder gegeben hat. Dazu zählen etwa die folgenden Beschlüsse und Verpflichtungen aller Staaten (nur der erste Punkt der Aufzählung) oder einzelner Bündnisse, die sich auf der COP26 zusammengeschlossen haben:

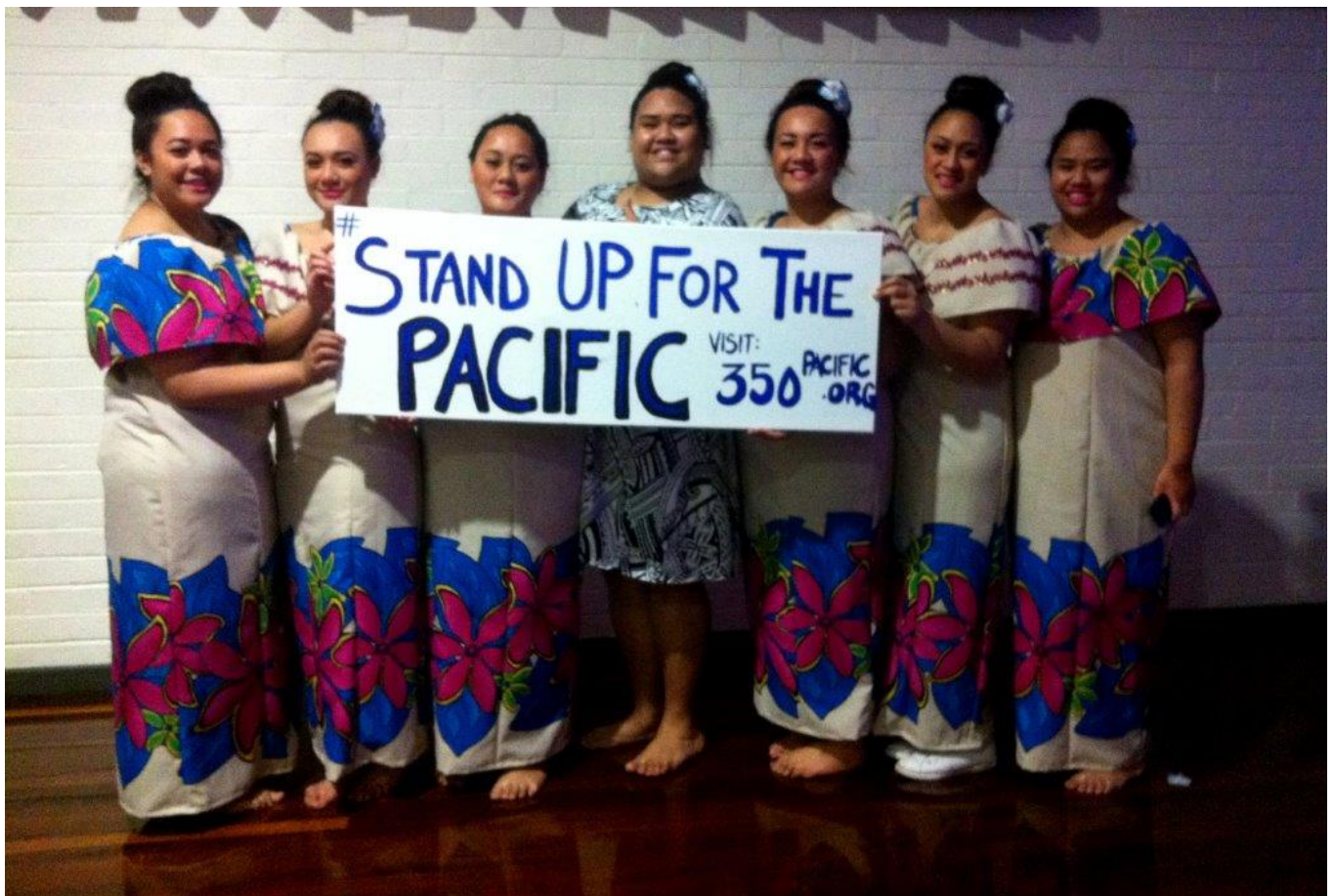
- **Glasgow Leaders' Declaration on Forests and Land Use:** bereits in der ersten Verhandlungswoche hatten die anwesenden Staats- und Regierungschefs sich auf eine gemeinsame Erklärung zu Aufforstungen geeinigt. Sollten die Zielsetzungen in der Erklärung umgesetzt werden, könnte dies sowohl einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität als auch zum Schutz des Klimas leisten.
- **Ende von Subventionen für fossile Brennstoffe:** zahlreiche Staaten bekannten sich in Glasgow auch zu einer Beendigung von immer noch weit verbreiteten Subventionen für fossile Brennstoffe. Darunter befindet sich auch Deutschland, welches sich zwar nicht zur Abschaffung bestehender, aber zumindest dazu verpflichtete, keine neuen Förderungen für fossile Brennstoffe

mehr einzuführen. Darunter fallen etwa Steuererleichterungen oder finanzielle Förderungen für den Bau von Kohlekraftwerken, aber je nach Auslegung dürften damit zukünftig auch Maßnahmen wie eine Kaufprämie für neue Autos oder die Pendlerpauschale, mit der ebenfalls indirekt die Nutzung fossiler Brennstoffe gefördert wird, nicht mehr neu eingeführt werden.

- **Global Methane Pledge:** über 100 Staaten traten auch einer von der Europäischen Union und der USA ins Leben gerufenen Verpflichtung bei, bis zum Jahr 2030 den Ausstoß des klimaschädlichen Gases Methan, das in der globalen Klimapolitik bisher kaum Aufmerksamkeit erhalten hat, um 30% im Vergleich zum Jahr 2020 zu reduzieren.
- **Beyond Oil and Gas Alliance:** Dänemark und Costa Rica riefen auf der Klimakonferenz gemeinsam eine Allianz für Staaten ins Leben, die Öl- und Gasvorkommen besitzen, auf deren Erschließung sie jedoch zukünftig verzichten wollen. Vierzehn Staaten oder Regionalregierungen, darunter unter anderem Schweden, Neuseeland, Grönland, die kanadische Provinz Quebec und der amerikanische Bundesstaat Kalifornien haben sich mittlerweile verpflichtet, zwar bestehende Förderprojekte nicht unbedingt sofort zu beenden, aber zumindest keine neuen Projekte zu starten.
- **Kohleausstiegsverpflichtungen:** In einem „Global Coal to Clean Power Transition Statement“ schlossen sich 25 weitere Staaten einem bereits existierenden Bündnis zum Kohleausstieg an, darunter große und industriestarke Länder wie Indonesien, Polen, Südkorea, Spanien und die Ukraine.
- **Ausstieg aus dem Verbrennermotor:** 30 Länder und zusätzlich eine Reihe großer Automobilkonzerne haben angekündigt, bis zum Jahr 2030 aus dem Verbrennermotor auszusteigen und danach nur noch Fahrzeuge ohne Emissionsausstoß (bei der Benutzung, leider nicht in der Produktion) zuzulassen und herzustellen. Deutschland und deutsche Automobilhersteller haben sich daran leider nicht beteiligt.
- **„Loss & Damage“-Fonds:** während die formalen Verhandlungen zu Entschädigungszahlungen für besonders vom Klimawandel betroffene Staaten weiter stockten, ist die schottische Regionalregierung vorangegangen und hat einen Fonds für eben solche Zahlungen ins Leben gerufen und mit einem erstmal noch sehr geringem Betrag ausgestattet, damit aber einen Präzedenzfall mit großer Signalwirkung geschaffen.

Die Vielzahl durchaus beachtenswerter Verpflichtungen, die anlässlich der COP26 – aber eben außerhalb des eigentlichen Verhandlungsprozesses – getätigt worden sind, sind bemerkenswert und machen durchaus Hoffnung auf einen langsamen, aber doch fortschreitenden Sinneswandel in vielen Staaten.

Die Tendenz, dass immer mehr wichtige Schritte außerhalb der offiziellen Verhandlungen stattfinden, ist angesichts der Lähmung der Verhandlungen durch einige Bremser wie etwa Russland, Australien, Brasilien und zumindest in einigen Verhandlungsbereichen auch China, Indien, die USA oder Europa durchaus verständlich. Dennoch ist sie durchaus problematisch, weil auf diesem Wege Transparenz und demokratische Meinungsbildung verlorengeht. Denn innerhalb der nicht immer einfachen Verhandlungen gibt es feststehende Regeln, die etwa die Beteiligung aller Staaten, darunter auch die kleinen pazifischen Inselstaaten, sicherstellen. Das ist bei der Bildung von Allianzen oder dem nationalen Handeln einzelner Staaten nicht unbedingt gewährleistet. Auch macht die Vielzahl an einzelnen Bündnissen und Verpflichtungen die internationale Klimapolitik noch unübersichtlicher, als sie es sowieso schon ist – worunter besonders kleine Staaten mit begrenztem diplomatischem Personal leiden. Dennoch: in der aktuellen Situation, die bei vielen Themen leider kaum mehr Spielraum lässt, als dass einzelne progressive Staaten vorangehen, wenn sie keine Zustimmung aller Staaten für ihr Handeln erhalten können, ist dieser Weg wohl vorerst alternativlos. Und auch für die pazifischen Inselstaaten natürlich besser, als wenn es gar nicht voranginge.



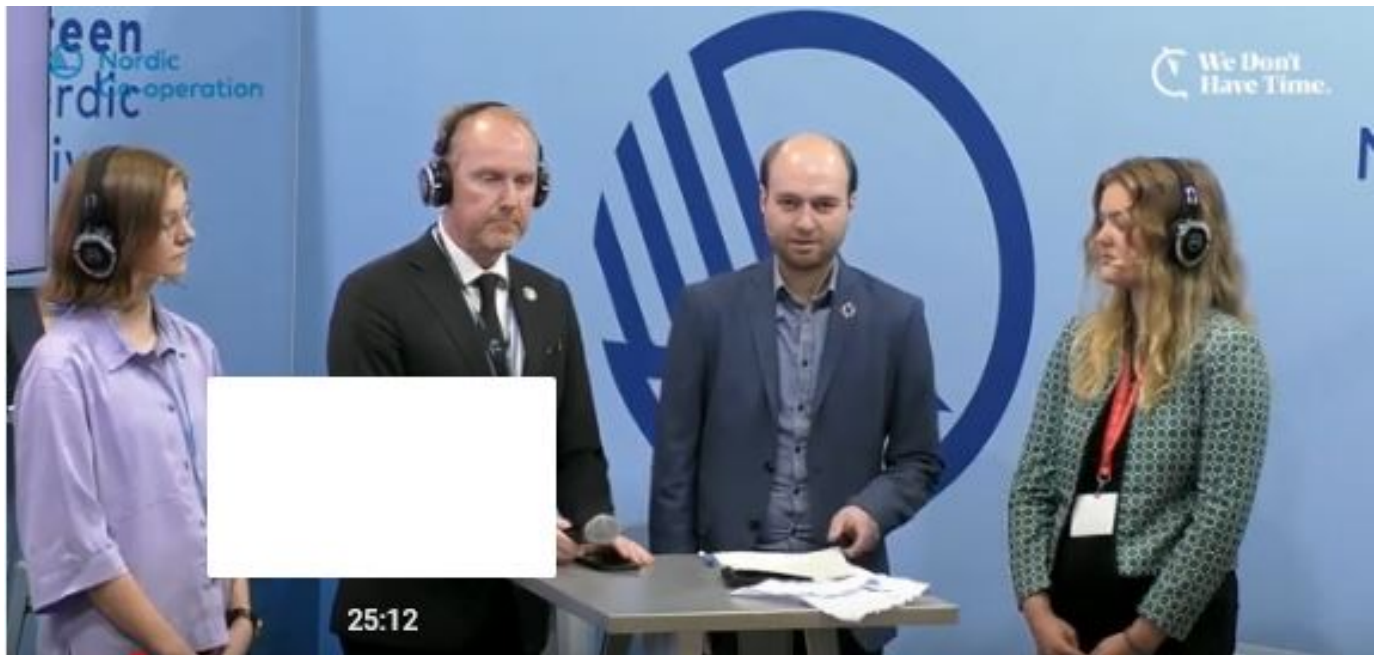
Fazit

Wie bei allen Klimakonferenzen hat eine zivilgesellschaftliche Organisation jeden Tag einen „Preis“ mit dem Namen „Fossil of the Day“ an die Staaten verliehen, die aus ihrer Sicht in den Verhandlungen am stärksten gebremst haben. Auch im Jahr 2021 ging dieser Preis häufig an Australien, aber auch an Indien und China. Auch europäische Staaten und die USA konnten trotz ihrer ambitionierten Rhetorik nicht überall beweisen, dass sie es mit Klimaschutz wirklich ernst meinen, und haben etwa für das weitere Festhalten an Kohleenergie ebenfalls unrühmliche Aufnahme in den Club der „Fossilien der Klimakonferenz“ erhalten. Und auch Neuseeland hat an einem der Verhandlungstage einen „Ehren-Fossil-of-the-Day“-Preis erhalten – laut Begründung weniger wegen extrem schlechten Verhaltens in der eigenen Klimapolitik, sondern dem wiederholten dreisten Auftreten des neuseeländischen Klimaministers, der Versprechungen und Ankündigungen gemacht hatte, die sein Land nicht einhalten konnte.

Für den Pazifik und die Welt ist das, was in Glasgow beschlossen wurde, zu wenig. Für ausreichenden Klimaschutz müsste noch viel, viel mehr passieren. Dass die COP26 hier nicht die große Wende bringen würde, war aber wohl vielen klar. Umso wichtiger ist es deshalb vielleicht, darauf zu schauen, dass es eben doch Fortschritte gibt. Diese passieren langsam und brauchen Zeit – Zeit, die es beim Klimawandel leider eigentlich nicht mehr gibt. Aber sie offenbaren einen langsamen, aber stetigen Sinneswandel nicht nur bei vielen Menschen weltweit, sondern auch in immer mehr Regierungen. Die explizite Erwähnung der Notwendigkeit des Kohleausstiegs in einem Abschlussdokument etwa ist etwas, das in den nächsten Jahren nicht wieder verschwinden wird, sondern von Jahr zu Jahr in den Formulierungen deutlicher werden wird. Und durch die zahlreichen Selbstverpflichtungen haben viele Länder gezeigt, dass eine immer größer werdende Anzahl an Staaten sich der eigenen Verantwortung bewusst wird.

War die COP26 ein Erfolg oder eine erneute verpasste Chance?

Zu diesem Thema moderierte Oliver Hasenkamp am letzten Tag der COP26 eine englischsprachige und live auf dem Nordischen Pavillon in Glasgow aufgezeichnete Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und der Schwedischen Botschaft. Mit diskutiert haben unter anderem der Klimawissenschaftler Johan Rockström sowie Regierungsvertreter und Jugendvertreterinnen aus Deutschland und Schweden.



Informationen zum Autor: Oliver Hasenkamp ist Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerks. Er ist Politikwissenschaftler und hauptberuflich für die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) tätig, wo er sich vor allem mit nachhaltiger Entwicklung und internationaler Klimapolitik befasst.

Weitere Infos: Die Aufzeichnung der Veranstaltung, die einen ausführlicheren Einblick zu vielen der hier geschilderten Aspekte gibt, kann bei Youtube unter anderem unter folgendem Link eingesehen werden: www.youtube.com/watch?v=zYQoPUyK2CY

Hinweis: Für den Inhalt zeichnet allein der Autor verantwortlich, ausgenommen der mit Quellen angegebenen Fotos.

Das **Urheberrecht** des Textes liegt beim Autor. Beiträge von Autoren geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Weitere Informationen und Redaktion:

Pazifik-Informationsstelle
Steffi Haagen
Hauptstr. 2
91564 Neuendettelsau
Tel.: 09874/91220
info@pazifik-infostelle.org

Die **Pazifik-Infostelle** ist eine nachgeordnete Einrichtung von Mission EineWelt mit dem Auftrag, die deutsche Öffentlichkeit über den Pazifik zu informieren. Dies geschieht mit regelmäßig und unregelmäßig erscheinenden Publikationen, einer großen Auswahl an verleihbaren Medien sowie käuflichen und digitalen Veröffentlichungen, Wanderausstellungen (z.B. zum Klimawandel oder Bergbau) und Vorträgen sowie Informationsständen bei Veranstaltungen.

www.pazifik-infostelle.org

Im **Pazifik-Netzwerk e.V.** haben sich 1988 Pazifik-Gruppen aus ganz Deutschland zusammengeschlossen. Das Pazifik-Netzwerk e.V. hat sich die Aufgabe gestellt, die politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Situation der pazifischen Inselstaaten einer breiten Öffentlichkeit im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen. Dies geschieht in erster Linie durch Publikationen, Vorträge und Seminare. Mit seiner Arbeit unterstützt das Pazifik-Netzwerk Nichtregierungsorganisationen in Europa und in Übersee, die sich für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik einsetzen. Die Respektierung und Vermittlung anderer Lebensweisen und kultureller Werte mit dem Ziel der Völkerverständigung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Das Pazifik-Netzwerk will dazu beitragen, das Recht auf Selbstbestimmung der Völker im Pazifik im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich durchzusetzen und der zunehmenden Umweltzerstörung und deren Auswirkungen im Pazifik entgegen zu wirken.

www.pazifik-netzwerk.org